

Tages in einer Informationsstelle zum Endlager informieren wollte, wurde er dort von einem Mitarbeiter herumgeführt. Vor einem Foto, auf dem Atomkraftgegner in Brokdorf zu sehen waren, hielten sie inne und der Mitarbeiter erklärte: „Die hat man auch alle vergessen zu vergessen.“ Der Pastor war entsetzt über diese Äußerung. Später entwickelte er eine zunehmend kritische Einstellung gegenüber den Plänen der Bundesregierung. Daß man den Widerstand von offizieller Seite immer wieder versuchte in eine kriminelle Ecke zu drängen, davon können viele Bürger im Wendland ein Lied singen. Ihr Vertrauen in Politiker hat Marianne Fritzen durch den Jahrzehnte währenden Konflikt rund um das vorgebliche Erkundungsbergwerk in Gorleben verloren.

hib – heute im bundestag Nrn. 38 und 39 v. 27. und 28.01.2011.
MdB Dorothee Menzner, Die Linke, Newsletter PUA Gorleben vom 28.01.2011. ●

Atom Müll

„Lockgesang“

Bundesumweltminister Röttgen hat jetzt auf einer CDU-Klausurtagung in Walsrode angekündigt, daß die „Sicherheitsprüfung“ für ein Endlager im Salzstock Gorleben schon in weniger als zwei Jahren beendet sein könnte. Die „Experten“ dafür hat er ausgesucht: Gutachter, die seit vielen Jahren Gorleben als Endlager befürworten. Vorher hatte der Minister im Dialog mit der Atomindustrie eine ganze Reihe von Entscheidungen getroffen. Die Versuche der betroffenen Bevölkerung, mit Herrn Röttgen ins Gespräch zu kommen, hat er dagegen ausgeschlagen, erklären die Bäuerliche Notgemeinschaft und die Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg. Der Minister hat entschieden, daß die

Menge des hochradioaktiven Atommülls noch einmal um mindestens ein Drittel erhöht werden darf. Er hat entschieden, daß für es die Endlagerung dieses Mülls keine neue Standortsuche gibt. Er hat entschieden, allein den Salzstock in Gorleben zu untersuchen – alternativlos. Und daß er für diese Arbeiten auf alte juristische Grundlagen zurückgreift. Die Bäuerliche Notgemeinschaft ist davon überzeugt, daß der Jurist Röttgen wußte weshalb: Mit dem uralten Rahmenbetriebsplan kann er die Mitspracherechte der betroffenen Bevölkerung aushebeln, die heutigen Rechtsvorschriften hätten dies nicht mehr zugelassen.

Für den Februar hat Röttgen seinen neuerlichen Besuch in Lüchow-Dannenberg angekündigt. Und am vorletzten Wochenende des Monats Januar nun sagte Röttgen, die Bevölkerung des Kreises Lüchow-Dannenberg solle über die Fragestellungen der Untersuchungen „mitentscheiden“ dürfen. Die Bäuerliche Notgemeinschaft hält dieses Angebot für eine Leimrute. Sie ist davon überzeugt, daß der Jurist Röttgen genau weiß, was er tut: Eine Dialog-Inszenierung solle seine atompolitischen Entscheidungen nachträglich legitimieren. ●

Uranbergbau-Altlasten

Die Wismut-Sanierung dauert mindestens noch 30 Jahre

Entgegen ursprünglichen Plänen wird die Altlastensanierung des einstigen Uranbergbaus in Sachsen und Thüringen offenbar noch mindestens bis zum Jahr 2040 andauern. Die Mammutaufgabe werde weder 2015 noch 2020 abge-

schlossen sein, erklärte der technische Geschäftsführer der Wismut GmbH, Stefan Mann, gegenüber der Freien Presse.

Bisher ist die Altlastensanierung erst zu etwa 80 Prozent abgeschlossen. Dabei sind in das Sanierungsprojekt der bundeseigenen Wismut GmbH bisher bereits 5,4 Milliarden Euro investiert worden. Das hatte Unternehmenssprecher Frank Wolf am 23. Dezember 2010 erklärt. Allein im Jahr 2010 habe das Unternehmen 145 Millionen Euro verbaut. In die Wismut-Sanierung wollte der Bund bisher insgesamt 6,4 Milliarden Euro investieren, was nicht bis 2040 reichen wird.

Am weitesten vorangeschritten seien die Arbeiten unter Tage. Als Sorgenkind bezeichnete Wolf den sächsischen Altstandort Königstein, wo die Endphase der Grubenflutung noch bevorstehe. Die sensible natürliche Umgebung

Atomforschung

Der Forschungsreaktor der TU München soll noch mindestens bis 2018 mit atomwaffenfähigem Uran betrieben werden

Die Bemühungen zur Umstellung auf mittel angereichertes Uran seien trotzdem seriös, meint die Bundesregierung.

Der Stand von Wissenschaft und Technik in der Entwicklung hochdichter Brennstoffe für den Einsatz in Hochleistungsforschungsreaktoren werde jährlich in den beiden Konferenz-Serien Research Reactor Fuel Management (RRFM) und Reduced Enrichment for Research and Test Reactors (RERTR) erörtert und die Bundesregierung zweifle auch nicht an der Seriosität solcher Forschungsar-

beiten. Das versichert die Bundesregierung in ihrer Antwort (Bundestagsdrucksache 17/4347 vom 28.12.2010) auf eine Kleine Anfrage der Fraktion Die Linke. Demgemäß werde erwartet, daß bis 2016 die Qualifikation hochdichter Brennstoffe mittlerer Anreicherung für den Einsatz in Hochleistungsforschungsreaktoren abgeschlossen ist. Nach Qualifikation dieses Brennstoffes seien dann noch

und ein dauerhafter Grundwasserschutz machten dort besondere Vorkehrungen erforderlich. Zudem habe nach den hohen Niederschlägen an allen Standorten deutlich mehr kontaminiertes Wasser gereinigt werden müssen.

Für 2011 hat das Sanierungsunternehmen nach eigenen Angaben einen Etat von 139 Millionen Euro zur Verfügung. Für fünf Millionen Euro soll die Anlage zur Wasserreinigung im thüringischen Ronneburg erweitert werden. Ein weiterer Schwerpunkt sei die Sanierung der Schlammteiche unter anderem in Culmitzsch.

Von 1946 bis 1990 wurde in Ostthüringen und Sachsen Uran für die sowjetische Rüstungs- und Atomindustrie erkundet und gefördert. Dabei entwickelte sich die DDR zum weltweit drittgrößten Produzenten von Uranerz. Der Abbau erfolgte ohne Rücksicht auf Mensch und Umwelt. ●

mindestens zwei weitere Jahre für die Fertigung und Genehmigung eines neuen hochdichten Brennelements für den Forschungsreaktor München II (FRM II) der Technischen Universität (TU) München zu veranschlagen.

Im FRM II in Garching bei München werden mittels Kernspaltung teilchenphysikalische Prozesse untersucht. Dieser seit 1988 geplante und seit 1996 gebaute Reaktor ist als weltweit einziger neu erbauter Reaktor auf den Betrieb mit hochradioaktivem Spaltmaterial mit 93 Prozent Anreicherung (High Enriched Uranium – HEU) angelegt, das auch für den Bau von Atomwaffen verwendet werden kann. Deutschland hatte sich damit über international geäußerte Kritik im Hinblick auf die Gefahr einer Weiterverbreitung von Atomwaffen hinweggesetzt.

Der Erteilung einer Betriebsgenehmigung für FRM II war ein längeres politisches Tauziehen zwischen der TU München und der bayerischen Landesregierung auf der einen und der damaligen rot-grünen Bundesregierung auf der anderen Seite vorausgegangen. Im Ergebnis der Verhandlungen um die Betriebsgenehmigung hatte sich das Land Bayern im Jahr 2003 verpflichtet, bis zum 31. Dezember 2010 auf den Betrieb mit einem auf 50 Prozent angereicherten Brennstoff (MEU) umzustellen und die TU München hatte eine Arbeitsgruppe eingesetzt, um den neuen Brennstoff zu entwickeln.

Die Bundesregierung stellte jedoch im Jahr 2009 fest, daß der mit 50 Prozent Uran angereicherte Brennstoff frühestens 2016 einsatzfähig sei (Bundestagsdrucksache 16/12359). In der Folge wurde am 22. Oktober 2010 mit dem Land Bayern eine Vereinbarung zur Anpassung der Umrüstungsvereinbarung von 2003 unterzeichnet. ●

Atompolitik in Österreich

Volksbegehren zum EURATOM-Ausstieg vom 28. Februar bis 7. März 2011

Vom 28. Februar bis 7. März 2011 findet österreichweit ein Volksbegehren „RAUS aus EURATOM“ statt. Das Volksbegehren hat das Ziel, eine Volksabstimmung über den Ausstieg Österreichs aus der Europäischen Atomgemeinschaft EURATOM zu erreichen und wurde von der Initiative „atomstopp atomkraftfrei leben!“ (www.atomstopp.at) initiiert.

Laut Umfragen wollen 78 Prozent der Österreicherinnen und Österreicher die Mitgliedschaft ihres Landes in der Europäischen Atomgemeinschaft aufkündigen. Sie lehnen es ab, daß mit ihren Steuergeldern die europäische Atomwirtschaft gestützt wird.

Österreichs Umweltminister Berlakovich führt dagegen in Interviews an, daß der Ausstieg Österreichs aus dem Atomförderverein EURATOM kontraproduktiv wäre, weil Österreich dann seine Anti-Atom-Position in Brüssel nicht mehr einbringen könne. Läßt man jedoch das bisher „mitgeredete“ der vergangenen 15 Jahre Mitgliedschaft Österreichs bei der EURATOM Revue passieren, sucht man vergeblich nach Hinweisen, wo österreichische Politikerinnen und Politiker in Brüssel Anti-Atompolitik gemacht oder die österreichische Ablehnung der Atomenergie in angemessener Weise eingebracht hätten, kritisieren Roland Egger und Gabriele Schweiger, die Bevollmächtigten des EURATOM-Volksbegehrens. Die Mitgliedschaft Österreichs bei EURATOM sei vielmehr gekennzeichnet durch eine Serie von veritablem Versagen.

So sei etwa dem österreichischen Ansatz nach einer aus-

schließlichen Verwendung der EURATOM-Mittel für die Sicherheit bestehender Atomanlagen sowie der Entsorgung radioaktiver Abfälle in keiner Weise Rechnung getragen worden. Im Gegenteil wurden EURATOM-Kredite unter österreichischer Beteiligung im Jahr 2004 zur Fertigstellung des rumänischen Atomkraftwerks Cernavoda genehmigt.

Die Finanzmittel aus dem EURATOM-Budget für die europäische Atomwirtschaft wurden in den Jahren der österreichischen Mitgliedschaft auch nicht etwa eingefroren oder verringert, wie man das erwarten würde, wenn Österreich eine konsequente Antiatom-Politik bei EURATOM machen würde, rügen Egger und Schweiger. Nein, die Finanzmittel für EURATOM seien – immer unter österreichischer Beteiligung – im Jahr 2006 im 7. EU-Rahmenforschungsprogramm sogar verdreifacht worden. Und im Sommer 2010 habe der österreichische Umweltminister auch nicht gezögert, seine Zustimmung für zusätzliche 1,4 Milliarden Euro für die Finanzierung des Kernfusionsreaktors ITER (International Thermonuclear Experimental Reactor) zu geben.

Die im Jahr 2009 beschlossene Richtlinie zur Sicherheit von Atomanlagen gewähre jedem Atomstaat maximale Freiheit, eigene Maßstäbe zu kreieren und sieht zudem kein Reglement bei Verstößen vor, kritisieren die Initiatoren des Volksbegehrens. Die EU-Kommission selber habe die Mitgliedstaaten aufgefordert, bei der Umsetzung der EU-Richtlinie in nationales Recht das Prinzip der Subsidiarität

weitestgehend auszunutzen. Anstatt das höchste gemeinsame Sicherheitsniveau für Atomanlagen einzufordern, gebe man sich mit dem kleinsten gemeinsamen Nenner zufrieden – und die österreichischen Politikerinnen und Politiker hießen das gut.

Die im November 2010 von der EU-Kommission vorgelegte Richtlinien-Vorlage zur Endlagerung radioaktiver Abfälle stelle zudem eine weitere Verzögerung des drängenden Entsorgungsproblems dar. Jeder Atomstaat werde lediglich zum Vorlegen eines Entsorgungskonzepts innerhalb von vier Jahren aufgefordert. Die Trägergemeinschaft EURATOM entziehe sich so der Verantwortung für die durch sie forcierte Abfallanhäufung, einer dem Allgemeinwohl verpflichteten Regelung sei man damit noch keinen Schritt näher gekommen.

Anti-Atompolitik hat zudem innerhalb eines Atomfördervereins schlichtweg keinen Platz, erklären Egger und Schweiger. EURATOM sei gegründet worden, um die Voraussetzungen für den Aufbau einer mächtigen europäischen Atomindustrie zu schaffen. „Mitreden können“ bedeute daher, die Atomentscheidungen mit zu tragen. Die Österreicherinnen und Österreicher sind deshalb aufgerufen, ihr Votum in ihren Gemeinde- und Bezirksämtern abzugeben, nein zur Atomenergie zu sagen und das EURATOM-Volksbegehren zu unterschreiben. Zuvor hatten seit März 2007 schon die Landtage der österreichischen Bundesländer Burgenland, Vorarlberg, Oberösterreich und Salzburg für einen EURATOM-Ausstieg votiert.

EURATOM-Volksbegehren vom 28. Februar bis 7. März 2011, www.euratom-volksbegehren.at, Werbematerial (Plakate, Postkarten und Aufkleber) für das EURATOM-Volksbegehren kann unter www.raus-aus-euratom.at angefordert werden. ●